

BGH-Leitsatz-Entscheidungen

1. **VO (EU) Nr. 528/2012: Werbung für ein Biozidprodukt**
Urteil vom 23.01.2025, Az: I ZR 197/22
2. **VO (EU) Nr. 2017/1369: Einstufung als "Händler" bei Gewinnauslobung**
Beschluss vom 23.01.2025, Az: I ZR 53/24
3. **ZPO: Präklusion durch vorbehaltlose Schiedsklage**
Beschluss vom 09.01.2025, Az: I ZB 48/24
4. **ZPO: Überprüfung einer umgewandelten Datei vor Übermittlung**
Beschluss vom 17.12.2024, Az: II ZB 5/24
5. **BGB: Sicherstellung der Lastenfreistellung**
Urteil vom 20.12.2024, Az: V ZR 41/23
6. **BGB, ZPO: Allgemeiner Sprachgebrauch bezüglich Umfang der Dacherneuerung**
Urteil vom 06.12.2024, Az: V ZR 229/23
7. **BGB, GG: Abgrenzung Tatsachenbehauptung und Werturteil**
Urteil vom 10.12.2024, Az: VI ZR 230/23
8. **BGB: Rückstufungsschaden in Kaskoversicherung**
Urteil vom 03.12.2024, Az: VI ZR 282/23
9. **InsO: Einwand der ausreichenden Masse**
Urteil vom 19.12.2024, Az: IX ZR 120/23
10. **BGB: Dingliche Surrogation bezüglich Nachlassgegenstand**
Urteil vom 19.12.2024, Az: IX ZR 119/23
11. **InsO: Kostenerstattungsansprüche bei Schuldenbereinigungsplan**
Beschluss vom 12.12.2024, Az: IX ZB 4/24
12. **AnfG: Verfolgung von Anfechtungsansprüchen außerhalb der Fristen**
Urteil vom 05.12.2024, Az: IX ZR 42/24
13. **BGB: Ausschluss des Entschädigungsanspruchs bei Reiserücktritt**
Urteil vom 28.01.2025, Az: X ZR 55/22
14. **FamFG: Grundsätzliche Bedeutung bei Anwendung ausländischen Rechts**
Beschluss vom 18.12.2024, Az: XII ZB 452/23
15. **AufenthG: Verzögerte Entscheidung über Haftbeschwerde**
Beschluss vom 14.01.2025, Az: XIII ZB 51/23

16. EGStPO: Mehrfaches Eingreifen von Hemmungstatbeständen

Beschluss vom 23.10.2024, Az: 2 StR 471/23

Urteile und Beschlüsse:

1. VO (EU) Nr. 528/2012: Werbung für ein Biozidprodukt

Urteil vom 23.01.2025, Az: I ZR 197/22

a) Die Angaben "Sanft zur Haut", "Hautfreundliche Produktlösung als Schaum" und "Konsumenten sind überzeugt - 100 % bestätigen die Hautverträglichkeit" in der Werbung für ein Biozidprodukt stellen Angaben dar, die als "ähnliche Hinweise" unter das Verbot des Art. 72 Abs. 3 Satz 2 der Verordnung VO (EU) Nr. 528/2012 fallen (Fortführung von EuGH, Urteil vom 20. Juni 2024 - C-296/23 , GRUR 2024, 1226 [juris Rn. 48] - dm-Drogerie Markt; BGH, Urteil vom 10. Oktober 2024 - I ZR 108/22 , GRUR 2024, 1736 - Hautfreundliches Desinfektionsmittel II).

b) Der Kreis der Angaben, die als "ähnliche Hinweise" unter das Verbot des Art. 72 Abs. 3 Satz 2 der Verordnung VO (EU) Nr. 528/2012 fallen, hängt nicht von dem Gefährdungspotenzial des jeweils konkret betroffenen Biozidprodukts ab.

c) Dem konkret angesprochenen Verkehrskreis kommt im Rahmen des Art. 72 Abs. 3 Satz 2 der Verordnung VO (EU) Nr. 528/2012 keine Relevanz zu, weil der Vorschrift eine abstrakte Irreführungsgefahr zugrunde liegt und es daher nicht auf eine konkrete Irreführung der angesprochenen Verkehrskreise im Einzelfall ankommt (Fortführung von BGH, Urteil vom 10. Oktober 2024 - I ZR 108/22 , GRUR 2024, 1736 [juris Rn. 29] - Hautfreundliches Desinfektionsmittel II).

2. VO (EU) Nr. 2017/1369: Einstufung als "Händler" bei Gewinnauslobung

Beschluss vom 23.01.2025, Az: I ZR 53/24

Dem Gerichtshof der Europäischen Union wird zur Auslegung von Art. 6 Unterabs. 1 Buchst. a und Art. 2 Nr. 13 der Verordnung (EU) Nr. 2017/1369 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2017 zur Festlegung eines Rahmens für die Energieverbrauchskennzeichnung und zur Aufhebung der Richtlinie 2010/30/EU (ABl. L 198 vom 28. Juli 2017, S. 1) in der zuletzt durch die Verordnung (EU) Nr. 2020/740 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Mai 2020 (ABl. L 177 vom 5. Juni 2020, S. 1) geänderten Fassung und von Art. 4 Buchst. d der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 2019/2013 der Kommission vom 11. März 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 2017/1369 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Energieverbrauchskennzeichnung elektronischer Displays und zur Aufhebung der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1062/2010 der Kommission (ABl. L 315 vom 5. Dezember 2019, S. 1) in der zuletzt durch die Delegierte Verordnung (EU) Nr. 2021/340 der Kommission vom 17. Dezember 2020 (ABl. L 68 vom 26. Februar 2021, S. 62) geänderten Fassung folgende Frage zur Vorabentscheidung vorgelegt:

Ist eine Person, die im Rahmen eines Online-Gewinnspiels einen Fernseher als Gewinn auslobt, in Bezug auf diesen als "Händler" im Sinne von Art. 2 Nr. 13 der Verordnung (EU) Nr. 2017/1369 anzusehen und daher zur Erfüllung der sich aus Art. 6 Unterabs. 1 Buchst. a der Verordnung (EU) Nr. 2017/1369 in Verbindung mit Art. 4 Buchst. d der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 2019/2013 ergebenden Anforderungen verpflichtet?

3. ZPO: Präklusion durch vorbehaltlose Schiedsklage

Beschluss vom 09.01.2025, Az: I ZB 48/24

a) Die (vorbehaltlose) Erhebung der Schiedsklage präkludiert den Schiedskläger jedenfalls nicht, mit einem statthaften Antrag nach § 1032 Abs. 2 ZPO die Unzulässigkeit des Schiedsverfahrens wegen anderer Mängel als einem Formmangel im Sinn des § 1031 Abs. 6 ZPO geltend zu machen. In der Anrufung des Schiedsgerichts kann kein Verzicht darauf erkannt werden, vor dem staatlichen Gericht die Unzuständigkeit des Schiedsgerichts geltend zu machen (Fortführung von BGH, Beschluss vom 8. November 2018 - I ZB 21/18 , NJW 2019, 857 [juris Rn. 18]).

b) Die Schiedsvereinbarung ist grundsätzlich unabhängig von der Wirksamkeit vertraglicher Vereinbarungen der Parteien über das Schiedsverfahren.

4. ZPO: Überprüfung einer umgewandelten Datei vor Übermittlung

Beschluss vom 17.12.2024, Az: II ZB 5/24

Eine aus einem anderen Dateiformat in eine PDF-Datei umgewandelte Rechtsmittel- oder Rechtsmittelbegründungsschrift ist durch den signierenden Rechtsanwalt vor der Übermittlung im Wege des elektronischen Rechtsverkehrs an das Gericht per besonderem elektronischen Anwaltspostfach darauf zu überprüfen, ob ihr Inhalt dem Inhalt der Ausgangsdatei entspricht.

5. BGB: Sicherstellung der Lastenfreistellung

Urteil vom 20.12.2024, Az: V ZR 41/23

BGB § 433 Abs. 1 Satz 2, § 435

Hängt die Fälligkeit des Kaufpreises in einem Grundstückskaufvertrag davon ab, dass der Verkäufer die Lastenfreistellung sichergestellt hat (sog. Direktzahlungsmodell), müssen die Löschungsunterlagen dem Notar in angemessener Frist vorgelegt werden; da es sich um eine erfolgsbezogene Pflicht handelt, genügt es nicht, wenn der Verkäufer zwar alles tut, um die Vorlage der Unterlagen herbeizuführen, diese aber gleichwohl unterbleibt.

BGB § 278 Abs. 1 Satz 2

Muss der Verkäufer eines Grundstücks die Lastenfreistellung sicherstellen, hat er es nicht zu vertreten, wenn die Löschungsunterlagen (hier: Grundschuldbrief) infolge eines Verschuldens des zur Löschung verpflichteten Grundpfandgläubigers nicht vorgelegt werden können. Der Grundpfandgläubiger ist nicht Erfüllungsgehilfe des Verkäufers.

6. BGB, ZPO: Allgemeiner Sprachgebrauch bezüglich Umfang der Dacherneuerung

Urteil vom 06.12.2024, Az: V ZR 229/23

ZPO § 546

Der allgemeine Sprachgebrauch ist als allgemeiner Erfahrungssatz revisibel.

BGB § 133 B , Fb, § 147; ZPO § 546

Es gibt keinen allgemeinen Sprachgebrauch des Inhalts, dass unter einem in einem bestimmten Jahr komplett erneuerten Dach stets nur die Erneuerung der obersten Dachschicht (hier: Bitumenbahnen) zu verstehen ist. BGH, Urteil vom 6. Dezember 2024 - V ZR 229/23 - OLG Dresden LG Leipzig

7. BGB, GG: Abgrenzung Tatsachenbehauptung und Werturteil

Urteil vom 10.12.2024, Az: VI ZR 230/23

Zur Abgrenzung zwischen Tatsachenbehauptung und Werturteil (hier: Vorwurf der zumindest bedingt vorsätzlichen Verbreitung falscher Informationen im Rahmen der kritischen Auseinandersetzung mit einem Presseartikel).

8. BGB: Rückstufungsschaden in Kaskoversicherung

Urteil vom 03.12.2024, Az: VI ZR 282/23

Zur Geltendmachung eines Rückstufungsschadens in der Kfz-Kaskoversicherung nach Inanspruchnahme des GAP-Versicherungsschutzes, um nach Beschädigung eines darlehensfinanzierten Fahrzeugs den noch teilweise valuierten Darlehensbetrag abzulösen.

9. InsO: Einwand der ausreichenden Masse

Urteil vom 19.12.2024, Az: IX ZR 120/23

Der Anfechtungsgegner kann im Anfechtungsprozess nicht einwenden, die Insolvenzmasse reiche deshalb im eröffneten Verfahren aus, um alle Gläubigeransprüche zu befriedigen, weil die Feststellung einer Forderung zur Tabelle zu Unrecht erfolgt sei.

10. BGB: Dingliche Surrogation bezüglich Nachlassgegenstand

Urteil vom 19.12.2024, Az: IX ZR 119/23

BGB § 2041

Ein Ersatzgegenstand, den der Alleinerbe bei einer zwischen Annahme der Erbschaft und Eröffnung des Insolvenzverfahrens vorgenommenen Veräußerung eines zum Nachlass gehörenden Gegenstands erwirbt, tritt nicht im Wege der dinglichen Surrogation an die Stelle des Nachlassgegenstands.

InsO §§ 315 ff; BGB §§ 1978, 1980

Ein aus der Veräußerung eines Nachlassgegenstands erlangter Erlös ist dem Nachlass und damit der Nachlassinsolvenzmasse jedenfalls dann zuzurechnen, wenn der Alleinerbe den Erlös dergestalt strikt von seinem Eigenvermögen trennt, dass dieser damit einem Sondervermögen gleichsteht, und das Rechtsgeschäft nach den objektiven Umständen erkennbar der Verwaltung des Nachlasses dient.

11. InsO: Kostenerstattungsansprüche bei Schuldenbereinigungsplan

Beschluss vom 12.12.2024, Az: IX ZB 4/24

InsO § 308 Abs. 3 Satz 2 ; ZPO § 788 Abs. 2

Der Anspruch auf Erstattung der Kosten des Zwangsvollstreckungsverfahrens entsteht zur Gänze bereits mit der Einleitung des Verfahrens; auf den jeweiligen Entstehungszeitpunkt der angefallenen Gebühren kommt es nicht an.

InsO § 310

Der Ausschluss von Kostenerstattungsansprüchen im Zusammenhang mit einem Schuldenbereinigungsplan erfasst auch prozessuale Kostenerstattungsansprüche.

12. AnfG: Verfolgung von Anfechtungsansprüchen außerhalb der Fristen

Urteil vom 05.12.2024, Az: IX ZR 42/24

Verfolgt der Insolvenzverwalter einen von einem Insolvenzgläubiger erhobenen Anfechtungsanspruch für Rechtshandlungen, die außerhalb der Anfechtungsfristen der Anfechtungstatbestände der Insolvenzordnung liegen, kann er einen auf Anfechtungstatbestände nach dem Anfechtungsgesetz gestützten Anfechtungsanspruch nur erfolgreich durchsetzen, wenn zugunsten des Insolvenzgläubigers ein vollstreckbarer Schuldtitel vorliegt. In einem solchen Fall kann der Anfechtungsgegner sich gegenüber dem Insolvenzverwalter in gleicher Weise mit Einwendungen gegen den Schuldtitel verteidigen wie gegenüber dem anfechtenden Gläubiger.

13. BGB: Ausschluss des Entschädigungsanspruchs bei Reiserücktritt

Urteil vom 28.01.2025, Az: X ZR 55/22

Der Ausschluss des Entschädigungsanspruchs nach § 651h Abs. 3 Satz 1 BGB hängt nicht davon ab, auf welche Gründe der Reisende den Rücktritt gestützt hat. Maßgeblich ist allein, ob im Zeitpunkt des Rücktritts tatsächlich unvermeidbare, außergewöhnliche Umstände vorliegen, die die Durchführung der Reise oder die Beförderung von Personen an den Bestimmungsort erheblich beeinträchtigen (Bestätigung von BGH, Beschluss vom 2. August 2022 - X ZR 53/21 , MDR 2022, 1334 = RRA 2022, 278 Rn. 43).

14. FamFG: Grundsätzliche Bedeutung bei Anwendung ausländischen Rechts

Beschluss vom 18.12.2024, Az: XII ZB 452/23

Aus der Anwendung ausländischen Rechts folgt für sich genommen weder, dass damit Rechtsfragen von grundsätzlicher Bedeutung aufgeworfen sind (im Anschluss an BGHZ 198, 14 = NJW 2013, 3656), noch, dass das Amtsgericht eine diesbezügliche Zulassung der Beschwerde nach § 61 Abs. 2 und 3 FamFG nicht erwogen hat.

15. AufenthG: Verzögerte Entscheidung über Haftbeschwerde

Beschluss vom 14.01.2025, Az: XIII ZB 51/23

Wird über die Beschwerde gegen eine rechtmäßig angeordnete Haft (vermeidbar) verzögert entschieden, führt das nicht zur Rechtswidrigkeit der Haft.

16. EGStPO: Mehrfaches Eingreifen von Hemmungstatbeständen

Beschluss vom 23.10.2024, Az: 2 StR 471/23

1. Innerhalb eines Unterbrechungszeitraumes konnte § 10 Abs. 1 Satz 1 EGStPO in der Fassung vom 27. März 2020 mehrfach greifen, ohne dass zwischen den Hemmungszeiträumen zur Sache verhandelt worden sein musste.

2. § 10 Abs. 1 Satz 1 EGStPO trat als weiterer Hemmungstatbestand neben § 229 Abs. 3 Satz 1 StPO, so dass beide Vorschriften kumulativ zur Anwendung kommen konnten.